Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5892

27. 11. 89

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 25
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5570, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Verpflichtungsermächtigung für die Gewährung von Finanzhilfen an die Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus wird auf insgesamt 3,5 Mrd. DM erhöht. Priorität ist der Förderung des Baus von Mietwohnungen im ersten Förderweg einzuräumen. Eine angemessene Quote muß in den Universitätsstädten für studentisches Wohnen eingesetzt werden.

2. Zur Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen und einer klaren Orientierung für Investoren wird im Rahmen einer Vorveranschlagung der gleiche Betrag an Verpflichtungsermächtigungen auch für das Jahr 1991 ausgewiesen.

3. Die Anhebung der Verpflichtungsermächtigung führt im Jahr 1990 zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 300 Mio. DM. Die Mehrausgaben sind durch den Antrag der Fraktion der SPD zu den Kürzungen beim Bundesminister der Verteidigung gedeckt.

Bonn, den 27. November 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333